

Freigeld

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **8 (1933)**

Heft 7

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-100814>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DAS WOHNEN

SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR WOHNUNGSWESEN

OFFIZIELLES ORGAN DES SCHWEIZERISCHEN VERBANDES FÜR WOHNUNGSWESEN UND WOHNUNGSREFORM

Abonnemente: Schweiz Fr. 5.-; Ausland Fr. 7.50
Inserate: 30 Cts. pro 4-gesp. Millimeterzeile

Erscheint monatlich einmal

Verlag und Redaktion: NEULAND-VERLAG A.-G.
ZÜRICH 4, Stauffacherstraße 45

Freigeld*)

Das unerhörte Ausmaß und die außergewöhnlich lange Dauer der gegenwärtigen Krise haben einer großen Zahl von Projekten alter und neuer Prägung Beachtung verschafft, die alle eine mehr oder weniger rasche Gesundung der Wirtschaft zu erreichen versprechen. Zahlreich sind namentlich die Vorschläge, die die heutige Krise durch eine Reform des Geldwesens beheben wollen. Diese Projekte wurzeln alle in dem weit verbreiteten Glauben, daß die schweren Störungen der Weltwirtschaft zur Hauptsache, wenn nicht gar ausschließlich, durch dem Geldsystem anhaftende Mängel hervorgerufen seien. Groß ist die Zahl solcher Projekte, doch nur wenige haben die öffentliche Meinung tiefer zu beeinflussen vermocht. Unter ihnen steht die sogenannte Freigeldlehre im Vordergrund. Sie wurde von Silvio Gesell, einem deutschen Geschäftsmann, 1890 in Argentinien aufgestellt. Es handelt sich bei dieser Lehre also um eine solche älteren Datums, die einen ziemlich bedeutenden Kreis von Anhängern aufweist und deren Vertreter — vor allem auch in der Schweiz — eine besonders intensive Propaganda entfalten.

Die »Freiland-Freigeld«-Bewegung entwickelt ein ganzes Wirtschaftssystem; sie erschöpft sich also nicht in einer besondern Währungs- und Krisentheorie, doch bildet diese ihren Hauptteil, wird am nachdrücklichsten propagiert und nur dieser Teil des Systems ist daher in weitem Kreisen so eigentlich bekannt geworden.

A. Darstellung der Freigeldtheorie.

I. *Das Ziel der Freigeldlehre.* Die Freigeldlehre knüpft an die wichtigste Erscheinung des Wirtschaftslebens an, nämlich an die Veränderung der Warenpreise, die mit dem Auf und Nieder — dem sogenannten Konjunkturlauf — des Wirtschaftslebens in engstem Zusammenhang stehen. Diese Aenderungen der Warenpreise sind gleichbedeutend mit einer Aenderung des Geldwertes, denn, wenn alle Warenpreise steigen, so kann man mit einer Geldeinheit, also zum Beispiel mit

dem Franken, eine kleinere Warenmenge gleicher Qualität kaufen. Mit andern Worten: das Geld hat an Wert eingebüßt. Umgekehrt bedeutet ein Sinken der Warenpreise ein Steigen des Geldwertes.

Die Vertreter der Freigeldtheorie sagen nun: Sowohl das Sinken, wie das Steigen, also jede Aenderung des Geldwertes, bedeutet eine soziale Ungerechtigkeit, weil dadurch bestimmte Bevölkerungsschichten auf Kosten der andern sich bereichern. Wenn beispielsweise die Preise sinken, der Geldwert also steigt, so muß der Bauer einen größern Teil seines Realeinkommens zur Verzinsung seiner Hypothekarschuld aufwenden. Durch das Sinken der Preise ist der Bauer wirtschaftlich benachteiligt, der Hypothekargläubiger aber begünstigt (vgl. Christen: Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens, S. 31/32). Solche Aenderungen sind ungerecht, und eine Geldverfassung, die Schwankungen des Geldwertes zuläßt, wird nach der Auffassung der Freigeldanhänger als schlecht und reformbedürftig bezeichnet. Genau wie der Meter und das Litermaß eine unveränderliche Einheit darstellen, wird verlangt, daß auch die Geldeinheit eine unveränderliche, stabile Einheit sei; das heißt aber, man solle mit der gleichen Geldeinheit immer die gleiche Warenmenge kaufen können. Die Freigeldlehre hat deshalb — im Gegensatz zur übrigen Geldinflation — dieses Postulat der Wertbeständigkeit zu einem Bestandteil des Geldbegriffes gemacht. »Währung ist die sinngemäße Garantie aller Zahlungsverträge«, bzw. »Währung ist die staatliche Garantie der unveränderten Kaufkraft des Geldes« (Christen). Der Staat hat also die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Geld seinen unveränderten stabilen Wert behält.

Die Aufrechterhaltung eines stabilen Geldwertes ist aber nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sie ist auch wirtschaftlich von größtem Nutzen, da sie gleichbedeutend ist mit der Sicherung eines gleichmäßigen Rhythmus des wirtschaftlichen Lebens. Steigende Preise regen die wirtschaftliche Tätigkeit stark, meist in ungesunder Weise an, während sinkende Preise die Unternehmertätigkeit hemmen. »Jede allgemeine Baisse ist der Tod der Volkswirtschaft, denn niemand kauft heute, was er morgen billiger haben kann und was er übermorgen mit Verlust wieder verkaufen muß. Und wo nicht gekauft wird, stockt auch die Herstellung der Produkte (Arbeitslosigkeit)« (Christen). Die Ursachen der Konjunkturschwankungen liegen also in den Aenderungen der Warenpreise, das heißt des Geldwertes, und das

* Anmerkung der Redaktion. Die gesamte Währungsfrage ist heute durch die internationalen Besprechungen in den Vordergrund des Interesses gerückt. Des öftern lassen sich dabei auch die Forderungen der Anhänger des sogenannten »Freigeldes« hören. Wir glauben, unsern Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir über diese besondere Frage den Artikel eines Fachmannes, der seinerzeit im Monatsbulletin der Zürcher Kantonalbank erschien, zum Studium vorlegen. Zugleich entsprechen wir damit einem mehrfach geäußerten Wunsche aus Kreisen der Baugenossen-schafter.

beste Mittel zur Ausschaltung dieser unerwünschten Schwankungen ist deshalb die Stabilisierung des Geldwertes. »Wenn der Preis der Durchschnittswahre fest ist, so sind künftig die allgemeinen Konjunkturschwankungen ausgeschlossen, und wenn es keine allgemeinen Konjunkturschwankungen mehr gibt, so gibt es keine allgemeinen Wirtschaftskrisen mehr.«

II. *Die Feststellung des Geldwertes.* Wenn man den Geldwert stabil halten soll, so muß vorerst eine Möglichkeit bestehen, den Geldwert überhaupt zu messen. Der Wert des Geldes wird bestimmt durch die Warenmengen, die man mit ihm kaufen kann. Er ist deshalb das Resultat der Warenpreise. Christen (Schweizer Geldwesen, S. 12) definiert den Geldwert wie folgt: »Die absolute Einheit des Geldes ist der Wert von einem Kilo Durchschnittsware. Die Durchschnittsware ist ein hypothetisches Warengemisch, dessen Zusammensetzung gleich ist wie diejenige des Gesamtmarktes.« Eine Berücksichtigung sämtlicher Warenpreise ist indessen praktisch unmöglich, deshalb wird eine gewisse Auswahl unter den Waren getroffen, indem nur die wichtigsten herausgegriffen werden. Aus den Preisen dieser Waren wird ein Durchschnitt berechnet, in der Regel wird zur Vereinfachung des Bildes eine bestimmte Periode dieses Durchschnitts noch auf die einfache Zahl 100 gebracht, und es werden die Zahlen der spätern Perioden entsprechend umgerechnet. Dieser Maßstab des Geldwertes ist heute allgemein bekannt unter dem Namen der Indexziffer. Es bestehen verschiedene solcher Indices zur Feststellung des Geldwertes vor allen der Index der Großhandelspreise und der Index der Kleinhandelspreise. Die Freigeldanhänger empfehlen den Großhandelsindex, weil dieser beweglicher und leichter feststellbar sei (Schwarz: Irrlehre? S. 37; vgl. auch Christen: Das Geldwesen ein dynamisches System, S. 14/19.)

III. *Die Mittel der Währungspolitik.* Die zweite Voraussetzung zur Stabilisierung des Geldwertes ist die Erkenntnis der hierzu tauglichen Mittel und hierfür ist wiederum erforderlich die Einsicht in die Ursachen, die den Geldwert und seine Bewegungen bestimmen. Die Freigeldleute sind konsequente Anhänger der sogenannten Quantitätstheorie des Geldes, und zwar in jener Spielart, die der bekante Geldtheoretiker Irving Fisher, der der Freigeldtheorie sehr nahe steht, in die folgende Formel gekleidet hat:

$$\text{Warenpreisstand} = \frac{\text{Geldmenge} \times \text{Umlaufgeschwindigkeit d. Geldes}}{\text{Warenangebot}}$$

Diese »Geldwertgleichung« sagt folgendes aus: je größer die Geldmenge und je größer die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, desto höher sind — bei gleichbleibendem Warenangebot — die Warenpreise. Das Warenangebot wirkt in umgekehrter Richtung: steigendes Angebot hat die Tendenz, die Warenpreise zu senken und umgekehrt. Jede Verschiebung des Preisstandes ist demnach die Resultante aus dem Zusammenwirken der drei Faktoren Geldmenge, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und Warenmenge.

Sowohl Fisher als auch die Freigeldpropagandisten sind überzeugt, daß man auf Grund der obigen Formel jede Geldwertänderung zum voraus berechnen und bestimmen könne. Sie bauen daher ihre Währungspolitik auf dieser Formel auf.

Ziel dieser Politik ist ein möglichst stabiler Geldwert. Theoretisch könnte dieses Ziel erreicht werden durch Beeinflussung bzw. Regulieren eines einzigen der drei Faktoren oder zweier derselben, oder aber durch zweckmäßiges Verändern aller drei Größen. Praktisch scheidet aber einer der drei Faktoren als Hebel zur bewußten Gestaltung des Geldwertes aus, nämlich das Warenangebot.

Dies besonders, wenn die Warenpreise sinkende Tendenz aufweisen, denn in diesem Falle müßte die Produktion eingeschränkt werden, was volkswirtschaftlich nicht erwünscht sein kann, da Produktionseinschränkung gleichbedeutend ist mit schlechtem Geschäftsgang, Arbeitslosigkeit, Verarmung. Es bleiben somit nur die beiden monetären Faktoren und das Problem der Stabilisierung des Geldwertes stellt sich also wie folgt: die beiden geldlichen Faktoren, zum Beispiel die Geldmenge, so zu regulieren, daß er den Einfluß der Aenderung der beiden andern Faktoren auszugleichen vermöchte. Solche Vorschläge bestehen auch. Es ist aber die besondere Eigenart der Freigeldler, durch die sie sich von andern monetären Konjunkturpolitikern unterscheiden, daß sie beide monetären Faktoren, die Geldmenge und die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, in den Dienst ihrer Währungs- und Konjunkturpolitik stellen wollen, und zwar soll die Umlaufgeschwindigkeit durch eine besondere währungstechnische Konstruktion des Freigeldes und die Geldmenge durch eine entsprechende Notenemissionspolitik geregelt werden.

1. *Die Regulierung der Geldmenge.* Die Grundsätze, die bei diesem Teil des Freigeldprogramms zur Anwendung kommen müssen, sind äußerst einfach. Wenn die Indexziffer darauf schließen läßt, daß der allgemeine Preisstand steigende Tendenz hat, muß die Geldmenge verringert werden; hat dagegen der Preisstand sinkende Tendenz, so muß sie erhöht werden. Interessant ist die Technik der Regulierung der Geldmenge. Eine private Notenbank nach dem Muster der Schweizerischen Nationalbank ist zur Durchführung einer solchen Währungspolitik absolut ungeeignet. Es wird daher die Schaffung eines staatlichen »Währungsamtes« vorgeschlagen. Dieses ist gesetzlich verpflichtet, die Geldausgabe derart den Marktverhältnissen anzupassen, daß die Warenpreise im Durchschnitt stabil bleiben. Das Währungsamt setzt also mehr Geld in Umlauf, wenn die Warenpreise sinkende Tendenz zeigen, umgekehrt zieht es Geld ein, wenn die Preise steigen. Um die Menge des ausgegebenen Geldes zu vergrößern, übergibt das Währungsamt dem Finanzminister neues Geld; dieser verausgabt es an die Steuerzahler in der Form eines Abschlages auf den zu entrichtenden Steuern. Betragen die Steuern 1000 Millionen und sind 100 Millionen neues Geld in Umlauf zu setzen, so wird bei allen Steuerzetteln ein Abzug von 10 Prozent gemacht. Der dadurch bei der Staatskasse entstehende Ausfall wird ausgeglichen durch den gleich hohen Betrag, den das Währungsamt der Staatskasse übergibt. Ferner kann die Geldmenge auch dadurch reguliert werden, daß das Währungsamt staatliche Schuldverschreibungen kauft und verkauft. (Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, S. 250).

2. *Das Schwundgeld.* Nach der Freigeldlehre ist es grundsätzlich möglich, durch eine entsprechende Regulierung der Geldmenge den Geldwert stabil zu halten. Nur ein Störungsmoment besteht: Wenn das Währungsamt zur Dämpfung einer Preissteigerung die umlaufende Geldmenge verringert, könnte seine Absicht von der Privatwirtschaft aus vereitelt werden durch eine Auflösung der vorhandenen Kassenreserven. Das noch vorhandene Geld würde intensiver ausgenutzt oder, wie der allgemein übliche, aber verwirrende Ausdruck lautet: die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes würde zunehmen. Umgekehrt: Wenn das Währungsamt, um ein Sinken des Preisniveaus zu verhindern, die Geldmenge vergrößert, könnte diese Maßnahme von der Privatwirtschaft wiederum illusorisch gemacht werden, indem sie das neu einströmende Geld zur Erhöhung ihrer Kassen-

reserven benützt, das Geld also hamstert, hortet, und somit dessen Umlaufgeschwindigkeit verringert.

Um solche unerwünschte Möglichkeiten auszuschalten, will die Freigeldlehre das gegenwärtig umlaufende Geld durch sogenanntes Schwundgeld oder, wie es auch genannt wird, Geld mit Umlaufzwang, ersetzen. Gerade jetzt, wo so viel Geld brach liegt und große Posten von Banknoten, gemünztes Gold und Barrengold thesauriert worden sind, messen die Anhänger der Freigeldtheorie diesem Vorschlag wieder eine besondere Bedeutung zu als Mittel zur Behebung der Wirtschaftskrise.

Nach ihrer Auffassung besteht zwischen Geld und Waren ein großer Unterschied. Der Besitzer der Ware (Produzent oder Händler) ist gezwungen, sein Produkt so rasch als möglich zu verkaufen, weil es veralten und dadurch an Wert einbüßen kann, weil es nicht haltbar ist, oder weil seine Aufbewahrung Kosten verursacht. Anders das Geld, für dessen Herstellung man den schönsten Stoff — das Gold — ausgesucht hat, der der Gefahr des Verderbens nicht ausgesetzt ist. Durch diese Wahl des Geldstoffes hat man dem Geldbesitzer die Möglichkeit gegeben, sich für seine Einkäufe Zeit zu lassen und den für ihn günstigsten Zeitpunkt auszuwählen, was den Warenverkäufer zwingt, geduldig zu warten, bis es dem Käufer beliebt zu erscheinen. Der Warenverkäufer ist durch die Wahl des Geldstoffes dem Warenkäufer vollständig ausgeliefert. Diese Uebermacht des Geldes gilt es zu brechen durch eine entsprechende technische Ausgestaltung der Währung. Das Geld darf, wie die Waren, nicht mehr haltbar sein; ein solches Geld wird dann weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Wenn das Angebot von Waren unter Zwang steht, muß auch das Angebot von Geld, die Warennachfrage, unter Zwang stehen, damit Waren und Geld sich gleichberechtigt und gleichwertig gegenüber stehen. Deshalb wird die Ausgabe eines Papiergeldes vorgeschlagen, das mit der Zeit an Zahlkraft verliert. Gesell sah eine wöchentliche Einbuße an Zahlkraft von 1 Promille vor, das sind 5,2 Prozent pro Jahr. Die Banknote von 100 Fr., die am 1. Januar ausgegeben wird, repräsentiert demnach in der letzten Dezemberwoche nur noch einen Betrag von Fr. 94.80. Durch diesen Verlust an Zahlkraft soll das Geld unter Druck gestellt werden; auch der Geldbesitzer muß dann, um Verluste zu vermeiden, sein Geld so rasch als möglich wieder ausgeben. Das Geld wird deshalb immer mit der maximalen Geschwindigkeit zirkulieren, die bei einer gegebenen Wirtschaftsordnung möglich ist. Alle privaten Kassenvorräte lösen sich durch den Umlaufzwang selbsttätig auf; die gesamte ausgegebene Geldmenge ist in ununterbrochenem, gleichmäßig schnellem Kreislauf. Auf diese Weise wird es nicht mehr möglich sein, die Maßnahmen des Währungsamtes von privatwirtschaftlicher Seite her illusorisch zu machen. »Niemand kann mehr« — wie Gesell sich ausdrückt — »dem Staate in der Verwaltung des Geldes durch Ausgeben oder Zurückhalten von Privatgeldbeständen ins Handwerk pfuschen.«

Das Schwundgeld hat also die Aufgabe, die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes immer gleichmäßig zu gestalten, damit der Geldwert durch die Regulierung der Geldmenge sicher und reibungslos stabil gehalten werden kann, wodurch automatisch auch die Konjunkturzyklen und damit die Wirtschaftskrisen ausgeschaltet werden.

IV. *Nationale Währungspolitik.* Wichtig ist, daß die Freigeldanhänger der Ansicht sind, jedes Land könne autonom zu dem von ihnen vorgeschlagenen Geldsystem übergehen und daß — was besonders betont werden muß, die Vorteile, die sie versprechen (stabiler Geld-

wert, Ausschaltung der Wirtschaftskrisen), auch dann eintreten, wenn ein Land, z. B. die Schweiz, ganz allein das Freigeld einführen würde. Besonders Christen, der prominenteste Vertreter der Freigeldtheorie in der Schweiz, hat diese Auffassung scharf verfochten; aber auch in den neuesten Publikationen und Kundgebungen von Anhängern der Lehre kehrt diese These immer wieder.

B. Kritik der Freigeldlehre.

I. Bei dem währungs- und konjunkturpolitischen Ziel der Freigeldlehre handelt es sich um ein wirtschaftspolitisches Ideal, dessen Beurteilung nur teilweise von rein rationalen Ueberlegungen abhängt. Immerhin ist man im allgemeinen ziemlich einig darüber, daß ein möglichst stabiler Geldwert und ein möglichst gleichmäßiger Rhythmus des Wirtschaftslebens gleichermaßen im Interesse jeder Volkswirtschaft liegen, obgleich bemerkt werden muß, daß ein stabiler Geldwert nicht so par excellence die wirtschaftliche Gerechtigkeit verkörpert, wie die Anhänger der Freigeldbewegung dies wahr haben wollen.

II. Entscheidend für die Beurteilung der Freigeldtheorie ist deshalb die Frage, ob das angestrebte Ziel mit den vorgeschlagenen Mitteln überhaupt erreichbar sei. Eine durchgreifende Prüfung dieser Frage würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit weit überschreiten; wir müssen uns daher im folgenden auf die Behandlung einiger Hauptpunkte beschränken.

1. Die Unvollkommenheit der Indexziffer. Der Geldwert ist theoretisch das Resultat aller Warenpreise; praktisch ist jedoch eine Berücksichtigung aller Warenpreise ausgeschlossen. Man muß sich immer auf eine mehr oder weniger große Auswahl wichtiger Waren beschränken. Ferner kann nicht jeder Ware im Index das gleiche Gewicht beigemessen werden.¹⁾ Diese beiden Faktoren, die Auswahl der Waren und das Gewicht, das man jeder von ihnen in bezug auf die Beeinflussung des Index verleiht, sind aber von großer Bedeutung für die Entwicklung der Indexziffer, die die Gestaltung des Geldwertes anzeigen soll.

Das läßt sich an Beispielen zeigen: England kennt drei Großhandelsindices, die, den Preisdurchschnitt des Jahres 1913 auf 100 gestellt, folgende Entwicklung aufweisen:

	Board of Trade	Statist	Economist
Durchschnitt 1913	100,0	100,0	100,0
» 1925	159,1	159,5	154,2
» 1926	148,1	149,6	143,2
» 1927	141,6	144,2	137,6
» 1928	140,3	141,9	135,1
» 1929	136,5	134,4	127,2
» 1930	119,5	113,2	106,8
» 1931	104,1	97,7	89,3
Dezember 1931	105,8	100,5	90,6
Oktober 1932	101,1	91,5	85,7

Im Jahre 1925, in welchem Großbritannien die Goldwährung wieder eingeführt hat, standen die drei Großhandelsindices sehr nahe bei einander, die Abweichung betrug nur 3,5 Prozent; im Oktober 1932 jedoch stellt sie sich auf gut 15 Prozent für den gleichen Geldwert, und diese Abweichung ist lediglich eine Folge der verschiedenen Konstruktion der drei Indices. Schon diese rein statistische Frage weist bereits auf eine wesentliche

¹⁾ Innerhalb der als Grundlage für den Index ausgewählten Waren werden Wichtigkeits-Skalen aufgestellt. Die Wichtigkeit wird beurteilt nach den Mengenverhältnissen, in welchen die Waren Absatz finden. Jede Ware erscheint dann in der Preistabelle so oft, als ihrer Wichtigkeit entspricht. Ist die Ware a doppelt so wichtig als die Ware b, dann beträgt das arithmetische Mittel nicht sondern

Schwierigkeit hin, und vor allem zeigt sie, daß ein auf Grund der Indexziffer regulierter Geldwert nicht Anspruch erheben kann auf absolute Gerechtigkeit gegenüber den nach Einkommen und Zusammensetzung ihres Güterbedarfes so verschiedenen Bevölkerungsschichten, Faktisch hat nämlich jede soziale Schicht und jede Einkommensklasse ihren eigenen Geldwert, weil Waren, deren Gebrauch für eine Klasse nicht in Frage kommt, für sie beim Errechnen des Geldwertes auch keine Rolle spielen. Je nach der Konstruktion der Indexziffer wird sich aber auch deren Bewegung vollziehen, denn nach Art und Ausmaß der eingebauten wirksamen Faktoren ändert sich auch die Dynamik. Die obigen drei englischen Indices sind hiefür ein Beispiel. Hieraus erklärt sich die Tatsache, daß die Konstruktion eines solchen Index, die man auf den ersten Blick als eine rein akademische Angelegenheit betrachten könnte, das Objekt ziemlich leidenschaftlicher Interessenkämpfe werden kann. Wir haben dies ja in der Schweiz auch schon erlebt, der Streit endete schließlich mit einem »Verständigungs-Index«. Gerade die Unzulänglichkeiten, die den Indices zur Messung des objektiven Tauschwertes des Geldes und seiner Veränderungen anhaften — und die sich durch keine noch so fein ausgetüftelte Methode beseitigen lassen — gerade diese Unzulänglichkeiten sind es also, die, in aller Öffentlichkeit diskutiert, den Methoden der Indexziffer zu einer Popularität verhalfen, die nationalökonomischen Forschungen sonst versagt bleibt.

Würde der Index zu einem Instrument von größter wirtschaftlicher Bedeutung aufrücken — wie das unter dem System des Freigeldes tatsächlich der Fall wäre — so müßte mit der Gefahr eines Mißbrauches dieses Instruments zugunsten von Sonderinteressen gerechnet werden, denn eine Möglichkeit, nach ausschließlich wissenschaftlich-statistischen Methoden einen Index genau zu konstruieren, der den Anforderungen der objektiven Wissenschaft entspricht, besteht nicht.

2. *Stabiler Geldwert und Warenpreise.* Die überragende Bedeutung, die der Auswahl und dem Gewicht der ausgewählten Waren bei der Berechnung des Index zukommt, beruht darauf, daß bei einer Verschiebung des Preisniveaus die einzelnen Warenpreise sich ganz ungleich verändern oder daß bei gleichbleibendem Durchschnittspreisstand (= Geldwert) die einzelnen Preise sich erheblich verändern können, weil sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei den einzelnen Waren verschoben hat. Solche Veränderungen können mit rein monetären Mitteln nicht verunmöglicht werden. Man betrachte derartige Erscheinungen am schweizerischen Großhandelsindex etwas näher. Er besteht in zwei Berechnungen, nämlich auf der Basis 1926/27 = 100 und 1914 = 100. Die beiden Ziffern zeigen für Ende November 1932 folgendes Bild:

Großhandelsindex (Ende November 1932)	1926/27=100	1914=100
Tierische Nahrungsmittel	79	116
Pflanzliche Nahrungsmittel	46	72
Nahrungsmittel zur industriellen Verarbeitung	66	93
Baustoffe	79	112
Metalle	53	63
Textilien, Leder, Gummi	40	57
Brennstoffe	84	127
Betriebsstoffe, Chemikalien	68	96
Futtermittel	60	78
Düngemittel	99	97
Gesamtindex	65,7	94,2

Besonders interessant ist in gewisser Beziehung der Index 1914 = 100, da diese Indexziffer im Total nicht

einmal 6 Punkte gesunken ist. Der Geldwert ist nur wenig verändert. Die einzelnen Warengruppen zeigen aber die größten Abweichungen: drei von ihnen stehen noch erheblich über 100, die tiefste dagegen steht auf 57. Ähnliches zeigt aber auch die andere Indexziffer. Sie spiegelt das Ergebnis des konjunkturellen Abstieges, den wir in den letzten Jahren erlebt haben. Der Gesamtindex ist um rund 35 Punkte gesunken, von den einzelnen Gruppen aber haben zum Beispiel die Brennstoffe nur 16 Punkte eingebüßt, die Textilien dagegen 60 Punkte!

An sich bedeuten diese Feststellungen keine Widerlegung der Freigeldlehre, denn deren Anhänger weisen ausdrücklich darauf hin, daß auch bei stabilem Geldwert Veränderungen der einzelnen Warenpreise nicht ausgeschlossen seien. Trotzdem ergeben sich aus dieser Sachlage zwei Einwände von größter Tragweite gegen die Freigeldtheorie.

Der erste Einwand ist sozialer Natur. Er ergibt sich aus der Tatsache, daß jeder wirtschaftende Mensch nicht nur Käufer, sondern auch Verkäufer wirtschaftlicher Güter und Leistungen ist und daß sein Realeinkommen deshalb nicht nur durch die Kaufkraft des Geldes, sondern ebenso sehr durch den Erlös aus dem Verkauf seiner wirtschaftlichen Werte bestimmt wird. Was nützt nun den Angehörigen eines Wirtschaftskreises ein stabiler Geldwert, wenn aus irgendeinem Grunde gerade ihr Produkt im Preise tief gefallen ist? Um ein praktisches Beispiel zu nehmen: Was nützt es dem kanadischen Weizenfarmer, daß der Großhandelsindex seines Landes (1913 = 100) zur Zeit (Oktober 1932) auf 101.5 steht, die Kaufkraft des kanadischen Dollars also fast genau gleich hoch ist, wie vor dem Krieg, wenn der Weizenpreis — wie das tatsächlich zur Zeit der Fall ist — nicht einmal mehr die Hälfte des Vorkriegspreises beträgt, ohne daß eine entsprechende Reduktion der Produktionskosten eingetreten wäre, so daß sich jener trotz der stabilen Kaufkraft des Geldes in größter Notlage befindet? Dieses Beispiel, das keine graue Theorie ist, sondern eines der schwierigsten Probleme der gegenwärtigen Krise berührt, zeigt klar, wie wenig in sozialer Hinsicht unter Umständen mit einem stabilen Geldwert geholfen ist.

Ebenso gut kann man sich einen Fall denken, wo der Produzent ungerechtfertigte Vorteile zieht. Es muß noch einmal daran erinnert werden, daß die Entwicklung des Geldwertes nur aus der Indexziffer zu lesen ist, bei der, wie betont wurde, nur eine beschränkte Anzahl besonders wichtiger Waren berücksichtigt werden kann. Das Ziel, die Stabilhaltung des Geldwertes, ist deshalb identisch mit der Stabilisierung des Durchschnittspreises der im Index berücksichtigten Waren. Wenn in der Herstellung solcher Waren große technische Fortschritte erzielt werden, durch die deren Produktion sehr stark verbilligt wird — man denke an die umwälzenden Neuerungen in der Agrartechnik während des letzten Jahrzehnts — so kann die Stabilhaltung des »Geldwertes«, das heißt des Durchschnittspreises der im Index berücksichtigten Waren, große soziale Ungerechtigkeiten in sich schließen, sofern unter solchen Umständen der Index sich überhaupt stabil halten läßt.

Der zweite Einwand ist wirtschaftlicher Natur. Der außergewöhnliche Preissturz bei sämtlichen wichtigen landwirtschaftlichen Stapelartikeln ist der Ausdruck einer schweren Agrarkrise, die sich auch unter dem Regime des Freigeldes nicht hätte vermeiden lassen, da sie verursacht wurde durch revolutionierende Umwälzungen in der Agrartechnik, verbunden mit einer starken Vermehrung der Produktion, die zu riesigen Ernteüber-

schüssen und damit zu schwerem Preisdruck für diese Produkte führte. Die Freigeldlehre gibt auch vorbehaltlos zu, daß das Freigeldsystem Krisen in einzelnen Wirtschaftszweigen nicht ausschließe. Christen schreibt hierüber wörtlich: »Wenn der Preis der Durchschnittsware fest ist, so sind künftig die allgemeinen Konjunkturschwankungen ausgeschlossen... Wohlverstanden, Partialkonjunkturen wird und muß es auch unter der absoluten Währung noch geben. Und wenn in einem bestimmten Produktionszweig unvorsichtig manipuliert wird, so werden auch Partialkrisen entstehen. Partialkrisen beweisen Fehlgriffe in der Produktion.« Eine schwere Partialkrise führt aber u. E. sozusagen unvermeidlich zu einer allgemeinen Krise. Der Rückgang des Realeinkommens bei der Landwirtschaft bewirkt, daß diese von ihren Lieferanten nicht mehr so viel kaufen kann, es entsteht daher bei diesen ebenfalls ein Rückgang des Realeinkommens, der seinen Ausdruck in sinkenden Gewinnen, Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit findet. Diese Einkommensschmälerungen wirken wiederum ungünstig auf andere Wirtschaftskreise. Ein Zweig nach dem andern, ein Land nach dem andern wird in die Krise hineingezogen. Die Erklärung der Ursachen der heutigen Krise ist nicht so einfach, wie die Befürworter der Freigeldlehre behaupten, denn sie ist das Resultat einer ganzen Reihe von schwerwiegenden Faktoren; aber der oben dargelegte Kausalzusammenhang, der seinen Ausgangspunkt in den Verhältnissen der überseeischen Agrarländer und seinen Endpunkt in den hochentwickelten Industrieländern Europas (vor allem auch der Schweiz) hat, erklärt unbedingt eine der wichtigsten Erscheinungen dieser Krise.

Auch mit der Institution des Freigeldes wäre diese Entwicklung nicht zu unterbinden gewesen.

Es beginnt wohl überhaupt sozusagen jede Krise mit einer partiellen Krise. Die Gründe, warum sich eine solche fast unvermeidbar zur allgemeinen Wirtschaftskrise ausweitet, sind zu suchen einmal in der sogenannten Trägheitserscheinung der Wirtschaft: kaum ein Unternehmer reduziert sofort bei den ersten Anzeichen einer Verschlechterung der Marktlage seine Produktion oder stellt diese um — aus rein psychologischen Gründen und sodann auch, weil aus sachlichen und persönlichen Gründen eine rasche Umstellung meist gar nicht möglich ist. Des weitern fehlt einfach die Uebersichtlichkeit über den Markt, an Hand welcher man sichere Auskunft erhalte, ob und auf welches Gebiet man umstellen solle.

3. *Die rein mechanische Einstellung der Freigeldtheorie*, ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß hinter allen wirtschaftlichen Erscheinungen die Menschen mit ihrer Psyche, mit ihren Unvollkommenheiten und ihrem unter allen Umständen sehr begrenzten Gesichtskreis stehen, ist entschieden einer ihrer schwersten Mängel. Immer und immer wieder stößt man in ihren Schriften auf Vergleiche mit den exakten Wissenschaften, vor allem mit der Mathematik, der Physik und der Technik. Solche Vergleiche sind nicht angängig, denn das wirtschaftliche und soziale Leben ist keine Maschine, die sich mit einigen Hebelgriffen beherrschen und auf die gewünschte Tourenzahl bringen läßt. Wäre die ganze Wirtschaftspolitik, insbesondere die Währungs- und Konjunkturpolitik eine so einfache Sache, wie die Freigeldlehre es darstellt, so wäre der Welt die Krise in dieser Schwere erspart geblieben. (Forsetzung folgt.)

Die dritte Kolonie der Gemeinnützigen Baugenossenschaft »Wiedinghof«

J. Schütz, E. Boßhard, Architekten BSA.

Anschließend an die städtische Grünverbindung Zürichberg-Waid hat die Gemeinnützige Baugenossenschaft »Wiedinghof« an der Guggach-/Buchegg-/Langacker- und Spitzackerstraße, Zürich 6, eine umfangreiche Wohnkolonie errichten lassen. Diese besteht aus insgesamt 143 Wohnungen und einem Kindergartenlokal. Die Baublöcke wurden quer zur Windrichtung gestellt, und damit wurde gleichzeitig eine günstige Sonnenlage aller Wohnungen erreicht. Durch sehr große Abstände zwischen den Häusergruppen konnten ausgedehnte Grünflächen erstellt werden, die der Anlage ein besonderes Gepräge verleihen. Die Häuser besitzen zwei Vollgeschosse und ein ausgebautes Dach. Charakteristisch sind die breiten Fenstergruppen und die weit vorragenden Balkone mit den niederen Brüstungen, die mit Blumengitter versehen sind. Alle Balkone erhielten Sonnenstoren, damit auch im Hochsommer die Vorteile dieser Balkone genossen werden können.

Die Wohnungen besitzen Fernheizung, Warmwasserversorgung, elektrische Küche usw. Von den 143 Wohnungen sind

- 42 Zweizimmerwohnungen,
- 90 Dreizimmerwohnungen,
- 9 Vierzimmerwohnungen,
- 2 Fünzimmerwohnungen.

Die Mietzinse sind in Anbetracht der Lage und des guten Ausbaues der Häuser sehr gering und betragen

- für 2 Zimmer Fr. 1035.—,
- für 3 Zimmer Fr. 1330.—,
- für 4 Zimmer Fr. 1640.—,
- für 5 Zimmer Fr. 1870.—.

Die Heizungskosten belaufen sich pro Jahr

- für eine Zweizimmerwohnung auf Fr. 90.—,
- für eine Dreizimmerwohnung auf Fr. 132.—.

Für die Qualität der Wohnungen sei angeführt, daß zwei Monate vor Bezug der Kolonie, im Frühjahr 1932, alle Wohnungen vermietet waren.

Die städtischen Behörden unterstützten den Bau der Kolonie durch Uebernahme der II. Hypothek.

Die ganze Anlage stand unter der Leitung von J. Schütz und E. Boßhard, Architekten BSA., Zürich.

Projekt einer Arbeitslosensiedlung am Stadtrande von Groß-Zürich

Die Siedlergruppe »Selbsthilfe« und die Bauarbeitersektion Zürich haben dem Stadtrat ein Projekt für die Erstellung einer vorstädtischen Erwerbslosensiedlung in Oerlikon-Seebach eingereicht.

Tausende und aber Tausende von Arbeitern sind in unserer Stadt arbeitslos, ohne Aussicht auf dauernde,

lebenserhaltende Lohnarbeit. Für viele Familienväter eine unheimliche Tragik, in der Tatsache, arbeitslos zu sein und vielleicht zu bleiben. Sie müssen ihre Zeit mit Stempeln totschiagen. Sie möchten arbeiten, nützlich sein, für sich, ihre Familien, für die Gemeinschaft. Sie können es nicht. Da müssen sie in der Wohnung herumsitzen, in